

ZEW FINANZMARKTREPORT

// EINSCHÄTZUNGEN UND ERWARTUNGEN ZU INTERNATIONALEN FINANZMARKTDATEN

Im ZEW-Finanzmarkttest werden pro Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger internationaler Finanzmarktdaten befragt. Die Ergebnisse der Umfrage vom 07.03.2022 – 14.03.2022 werden im vorliegenden ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 18.03.2022) wiedergegeben.

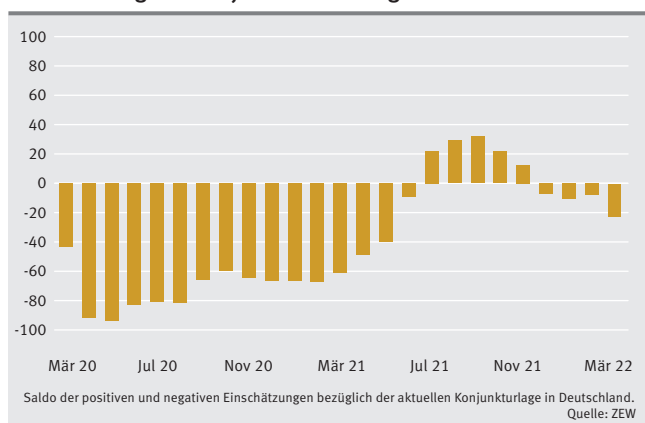
Stärkster Rückgang der Konjunkturerwartungen seit Beginn der Umfrage

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland fallen in der aktuellen Umfrage vom März 2022 so stark wie noch nie zuvor. Der Rückgang beträgt 93,6 Punkte und der neue Wert der ZEW-Konjunkturerwartungen liegt damit bei minus 39,3 Punkten. Dies ist der stärkste Rückgang der Erwartungen seit Beginn der Umfrage im Dezember 1991. Zum Vergleich: Zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 fiel der Indikator um 58,2 Punkte. Die Konjunkturerwartungen liegen jetzt ähnlich niedrig wie etwa im Sommer 2019.

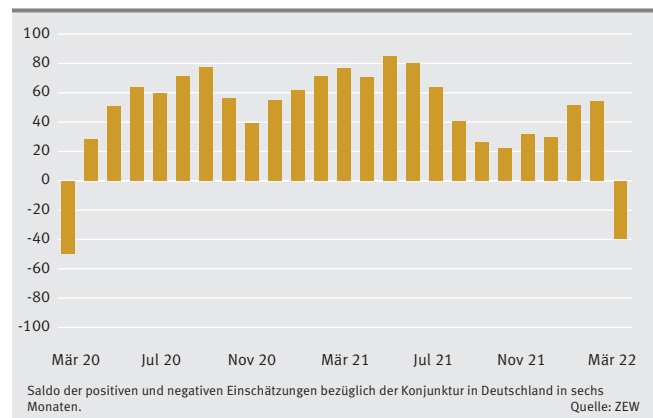
Die Einschätzung der konjunkturellen Lage für Deutschland verschlechtert sich in der aktuellen Umfrage ebenfalls. Der Wert des Lageindikators sinkt um 13,3 Punkte und liegt damit bei minus 21,4 Punkten. Die Expertinnen und Experten gehen daher davon aus, dass eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung bereits im März spürbar sein wird.

Eine Rezession der deutschen Wirtschaft wird immer wahrscheinlicher. Im vierten Quartal 2021 ging das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent zum Vorquartal zurück. Für das erste Quartal 2022 steigt in der aktuellen Umfrage die Wahrscheinlichkeit eines negativen Quartalswachstums von zuvor rund 25 Prozent auf derzeit rund 35 Prozent. Für das zweite Quartal 2022 nimmt diese Wahrscheinlichkeit sogar wesentlich stärker zu und beträgt jetzt ebenfalls etwa 35 Prozent, zuvor im Februar lag sie noch bei 12 Prozent.

Einschätzung der konjunkturellen Lage Deutschland



Konjunkturerwartungen Deutschland



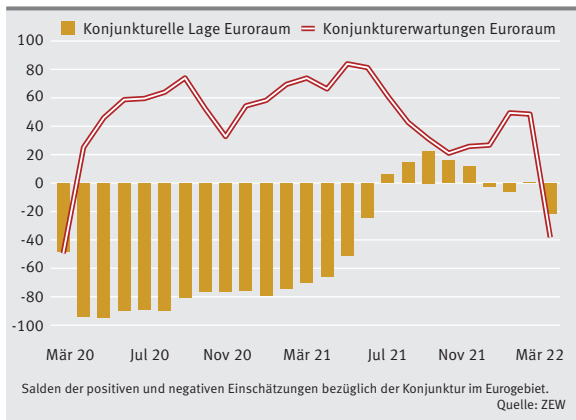
Die Erwartungen für die Inflationsrate in Deutschland steigen sprunghaft um 107,7 Punkte auf einen Wert von 70,2 Punkten. Zumindest für die nächsten sechs Monate rechnen mit 77,2 Prozent die weitaus meisten der befragten Finanzmarktexpertinnen und -experten mit höheren Werten für die Inflationsrate, die derzeit vor allem von den Energie- und Treibstoffpreisen angetrieben wird.

Der Ukrainekrieg und die Sanktionen gegen Russland verschlechtern den wirtschaftlichen Ausblick für Deutschland somit ganz erheblich. Die einbrechenden Konjunkturerwartungen gehen einher mit extrem steigenden Inflationserwartungen. Die Expertinnen und Experten gehen daher von einer Stagflation in den kommenden Monaten aus. Die Verschlechterung des Ausblicks betrifft praktisch alle Branchen, vor allem die energieintensiven Branchen. Mit einem Rückgang um 89,2 Punkte wurden die Ertragserwartungen für den Fahrzeugbau besonders stark gesenkt, sie liegen jetzt bei nur noch minus 58,8 Punkten. Dieser Sektor wird damit aktuell am schlechtesten bewertet. Etwas besser, aber inzwischen deutlich im negativen Bereich befinden sich die Ertragserwartungen für Stahl/NE-Metalle (minus 40,8 Punkte), Maschinenbau (minus 29 Punkte) und Chemie/Pharma (minus 21,4 Punkte). Für die Bankenbranche sinken die Erwartungen um 75,7 Punkte auf einen neuen Wert von minus 10,8 Punkten.

Michael Schröder

Euroraum: Konjunkturerwartungen brechen ein

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung Eurozone



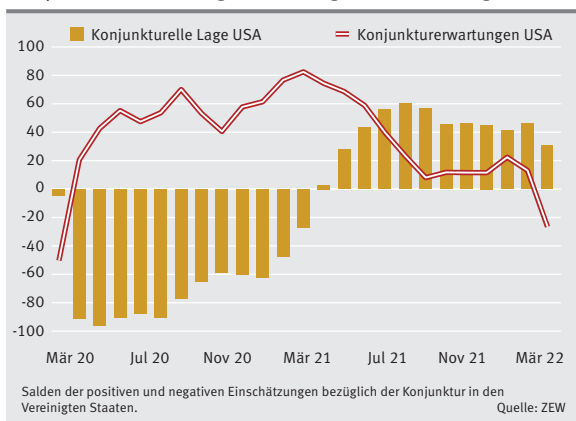
Die Erwartungen der Finanzmarktexpertinnen und -experten sinken deutlich im Vergleich zum Vormonat. Der Wert im März fällt um 87,3 Punkte und landet bei minus 38,7 Punkten. Der massive Rückgang in den Erwartungen ist auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine zurückzuführen. Steigende Preise für Energie sowie die negativen Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland sind weitere Gründe für diese negative Einschätzung.

Die wirtschaftliche Unsicherheit aufgrund der Krise beeinflusst auch bereits die aktuelle Lageeinschätzung. Die Finanzmarktexpertinnen und -experten korrigieren ihre Einschätzung der aktuellen Lage um 22,5 Punkte nach unten. Der neue Wert beträgt minus 21,9 Punkte. Die Expertinnen und -experten erwarten außerdem eine Erhöhung der Inflationsrate, der Wert steigt um 104,6 Punkte auf 69,5 Punkte. 76,5 der Expertinnen und Experten gehen von einer Erhöhung der Inflationsrate in den nächsten sechs Monaten aus.

LuZIA Rode

USA: Konjunkturerwartungen fallen drastisch

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung USA



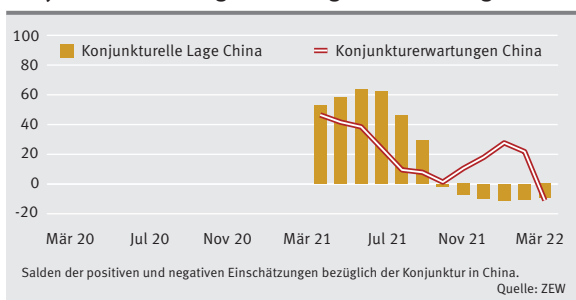
Angesichts der dramatisch veränderten Lage in Europa vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, bewerten die Finanzmarktexpertinnen und -experten für die USA die Konjunkturerwartungen der nächsten sechs Monate im März 2022 deutlich schlechter als noch im Vormonat. Der entsprechende Indikator sinkt um 39,2 Punkte auf minus 26,1 Punkte. Diese drastische Revision nach unten fällt allerdings nur zirka halb so stark aus wie die Vergleichswerte für den Euroraum und für Deutschland. Damit gehen die Befragten wohl zum aktuellen Zeitpunkt davon aus, dass die US-Wirtschaft weniger stark unter dem Krieg und dessen wirtschaftlichen Folgen leiden wird. Auch die Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage wird um 14,5 Punkte nach unten revidiert und liegt nun bei 31,7 Punkten. Die deutlichste Veränderung im Vergleich zum Vormonat findet sich für die USA allerdings in der erwarteten Inflationsrate. 66 Prozent der Befragten gehen aktuell davon aus, dass die Inflationsrate mittelfristig steigen wird.

Fanny Kronier

China: Erwartungen gehen spürbar zurück

Die Konjunkturerwartungen für die chinesische Wirtschaft sinken in der Märzumfrage recht deutlich. Sie gehen um 33 Punkte zurück und liegen mit minus 11,2

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung China



Punkten zum ersten Mal seit China Teil der Umfrage ist (April 2021) im negativen Bereich. Dazu tragen mehrere Faktoren bei. Zum einen die wirtschaftlichen Turbulenzen, die vom Ukrainekrieg und den Sanktionen gegen Russland ausgelöst wurden und in Europa und den USA zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums führen dürften. Diese werden die chinesischen Ausfuhren in diesen Ländern negativ beeinflussen. Auch die stark gestiegenen Preise für Energie belasten die chinesische Wirtschaft, wenn auch vermutlich weit weniger stark als die europäischen Länder oder die Vereinigten Staaten. Zum anderen führen die erneuten stärkeren Ausbrüche von Covid-19-Erkrankungen in einigen Großstädten wie Hong Kong, Shanghai und Shenzhen zu Einschränkungen von Produktion und Handel. Die Konjunkturlage wird mit minus 9,7 Punkten ähnlich eingeschätzt wie im Februar.

Außerdem steigen die Inflationserwartungen in der aktuellen Umfrage spürbar an.

Michael Schröder

Sonderfrage zu Anlageklassen: Zahlreiche Entwicklungen belasten

In Sonderfragen zum ZEW-Finanzmarkttest März 2022 wurden die Finanzmarktexpertinnen und Finanzmarktexperten zu ihren Einschätzungen zum Rendite-Risiko-Profil verschiedener Anlageklassen befragt. Abgefragt wurde der Ausblick der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die nächsten sechs Monate und wie sich wirtschaftliche Entwicklungen seit Dezember 2021 auf

deren Erwartungen ausgewirkt haben. Die Befragten gaben ihre Einschätzungen zu globalen Kapitalmärkten sowie Kapitalmärkte aus dem Eurogebiet ab.

Obwohl Kapitalmärkte aktuell durch mehrere Faktoren negativ belastet werden, insbesondere durch den Krieg in der Ukraine, wird der Ausblick für Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen und Immobilien aus dem Eurogebiet insgesamt noch relativ ähnlich eingeschätzt wie im Dezember 2021. So beurteilen die Befragten die Rendite-Risiko-Profile von breit gestreuten Anlagen in Aktien und Immobilien aus dem Eurogebiet mit Blick auf die nächsten sechs Monate weiterhin mehrheitlich positiv, die von Staats- und Unternehmensanleihen mehrheitlich negativ. Staatsanleihen konnten laut Einschätzung der Finanzmarktexpertinnen und Finanzmarktexperten im März 2022 im Vergleich zu Dezember 2021 insgesamt etwas an Attraktivität gewinnen, während Unternehmensanleihen, Immobilien und insbesondere Aktien insgesamt schlechter beurteilt werden.

Bei den Einschätzungen der Befragten zur Attraktivität breit gestreuter, globaler Anlagen ergibt sich ein ähnliches Bild wie für das Eurogebiet: Mit Blick auf die nächsten sechs Monate werden die Rendite-Risiko-Profile von Aktien und Immobilien mehrheitlich positiv, die von Staats- und Unternehmensanleihen mehrheitlich negativ beurteilt. Besser als Aktien und Immobilien schneiden Anlagen in Gold und Rohstoffe ab, was vor dem Hintergrund von Rohstoffknappheit und dem damit verbundenen Inflationsdruck nicht verwunderlich ist. So beurteilen rund 72 bzw. 78 Prozent der Befragten die Rendite-Risiko-Profile der beiden Anlageklassen als insgesamt positiv. Die deutliche Mehrheit der befragten Finanzmarktexpertinnen und Finanzmarktexperten würden dagegen breit gestreute Anlagen in Kryptowährungen aktuell nicht empfehlen. So beurteilen insgesamt rund 75 Prozent der Befragten das entsprechende Rendite-Risiko-Profil als negativ und damit ähnlich schlecht wie das von Staatsanleihen. Im Vergleich zu Staatsanleihen überwiegen bei Kryptowährungen allerdings die extremeren Einschätzungen. Während rund 4 Prozent der Befragten Kryptowährungen als sehr positiv einschätzen (0 Prozent bei Staatsanleihen), gaben rund 29 Prozent eine sehr negative Beurteilung ab (rund 16 Prozent bei Staatsanleihen).

Die Teilnehmenden wurden zudem befragt, wie sich bestimmte Entwicklungen seit Dezember 2021 auf ihre Einschätzungen des Rendite-Risiko-Profils von Anlagen in Aktien, Immobilien, Staats- und Unternehmensanleihen im Eurogebiet ausgewirkt haben. Bis auf zwei Ausnahmen, die Entwicklung der Marktbewertung bei Aktien und die Entwicklung der Inflation bei Immobilien, überwiegen die negativen und neutralen Antworten die positiven Antworten zu allen entsprechenden Fragen deutlich. Während rund 44 Prozent der Befragten ihre Einschätzungen mit Blick auf Aktien aufgrund der Marktbewertung nicht verändert haben, beträgt der Saldo aus positiven und negativen Antworten hier rund 18 Punkte. Rund 11 bzw. 38 Prozent beurteilen aufgrund Entwicklungen der Inflation Immobilien aktuell deutlich bzw. leicht attraktiver als im Dezember 2021. Während rund 7 bzw. 21 Prozent gegenteiliger Meinung sind, haben rund 23 Prozent der Befragten ihre Beurteilung des Rendite-Risiko-Profils von Anlagen in Immobilien aus dem Eurogebiet aufgrund Entwicklungen der Inflation nicht verändert.

Frank Brückbauer

Abb. 1: Mit Blick auf die nächsten sechs Monate, wie beurteilen Sie das Rendite-Risiko-Profil der folgenden Anlageklassen? Orientieren Sie sich dabei an breit gestreuten Indizes für das Eurogebiet

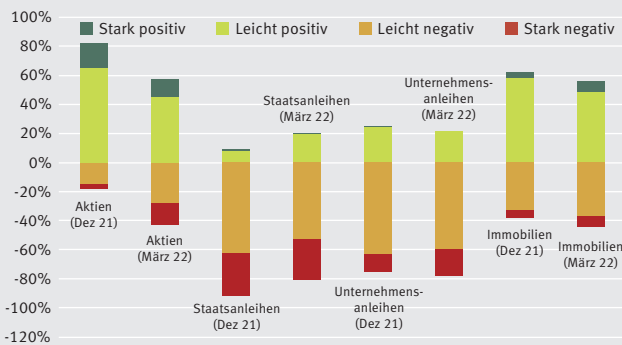


Abb. 2: Mit Blick auf die nächsten sechs Monate, wie beurteilen Sie das Rendite-Risiko-Profil der folgenden Anlageklassen? Orientieren Sie sich dabei an breit gestreuten globalen Indizes.

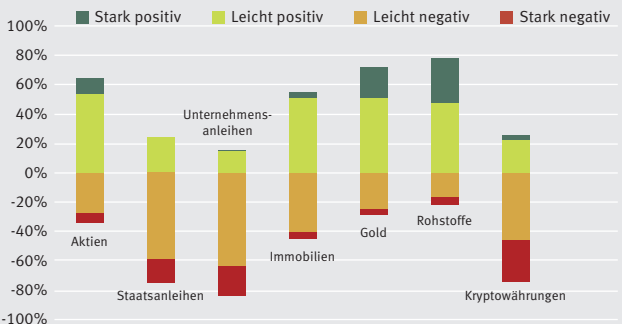
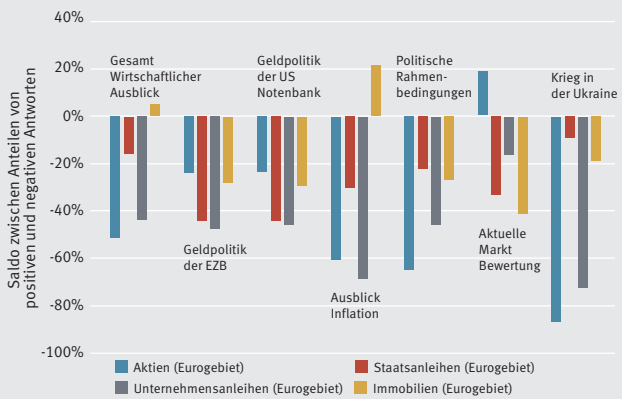


Abb. 3: Haben Entwicklungen der folgenden Faktoren Sie zu einer Revision Ihrer Einschätzungen zum Rendite-Risiko-Profil der einzelnen Assetklassen gegenüber September 2021 bewogen und wenn ja, nach oben (+) oder unten (-)?



Quelle: ZEW

Sonderfrage zu Sanktionen gegen Russland: gezielte Maßnahmen

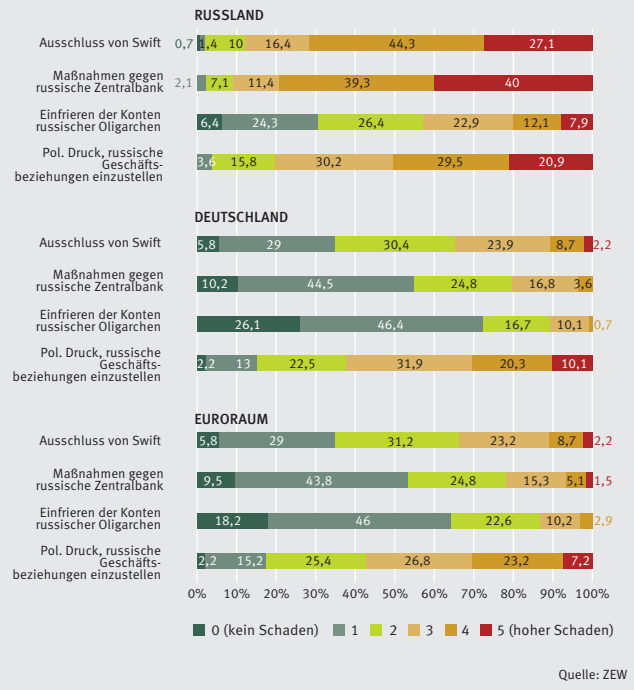
Die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und der Ausschluss russischer Banken vom SWIFT-Zahlungssystem dürften die wirksamsten Sanktionen zur Beendigung des Kriegs gegen die Ukraine sein. Gleichzeitig treffen sie die russische Wirtschaft am härtesten. Die Rückwirkungen dieser Maßnahmen auf die Wirtschaft des Euroraums dürften begrenzt sein und hauptsächlich zu einer höheren Inflation und in geringerem Maße zu einem niedrigeren BIP führen. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass diese Entwicklungen die EZB dazu veranlassen, ihre konventionelle Geldpolitik zu ändern. Das sind die Ergebnisse der Sonderfrage zum ZEW-Finanzmarkttest März 2022. Darin wurden die Teilnehmenden nach ihrer Einschätzung zu den Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland gefragt.

Nach Ansicht der Befragten sind die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und in geringerem Maße der Ausschluss russischer Banken aus SWIFT die wirksamsten Sanktionen zur Beendigung des Kriegs in der Ukraine. Für die erste Maßnahme gaben 75 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen auf einer Skala von 0 (nicht wirksam) bis 5 (sehr wirksam) eine Bewertung zwischen 3 und 5 ab (jeweils 19, 32 und 24 Prozent gaben die Bewertungen 3, 4 bzw. 5 ab). Hinsichtlich des SWIFT-Ausschlusses für russische Banken gaben 67 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen eine Bewertung zwischen 3 und 5 ab (je 25, 30 und 12 Prozent gaben die Bewertung 3, 4 bzw. 5 ab). Bei den beiden anderen Maßnahmen waren die Befragten deutlich zurückhaltender. Das Einfrieren des Auslandsvermögens russischer Oligarchen wurde von 56 Prozent der Befragten zwischen 3 und 5 bewertet (gegenüber 44 Prozent zwischen 0 und 2). Den politischen Druck auf westliche Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen zu russischen Firmen zu beenden, bewerteten 53 Prozent der Befragten mit 3 bis 5 (gegenüber 47 Prozent mit 0 bis 2).

Laut den Umfrageteilnehmern/-innen werden die Sanktionen der russischen Wirtschaft stark schaden. Erwartungsgemäß sind die Maßnahmen, die als am wirksamsten zur Beendigung des militärischen Konflikts gesehen werden, auch diejenigen, die den größten Schaden verursachen. Auf einer Skala von 0 (kein Schaden) bis 5 (hoher Schaden) gaben 91 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen eine Bewertung zwischen 3 und 5 ab (je 11, 39 und 40 Prozent gaben die Bewertung 3, 4 bzw. 5 ab). Ebenso bewerteten 88 Prozent der Befragten den SWIFT-Ausschluss russischer Banken zwischen 3 und 5 (je 16, 44 und 27 Prozent gaben die Bewertung 3, 4 bzw. 5 ab). Dem politischen Druck auf westliche Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen mit russischen Firmen zu beenden, wird ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle zugeschrieben: 81 Prozent der Teilnehmenden bewerten diese Maßnahme zwischen 3 und 5 (je 30, 29 und 21 Prozent gaben die Bewertung 3, 4 bzw. 5 ab). Vom Einfrieren des Auslandsvermögens russischer Oligarchen werden hingegen eher geringe wirtschaftliche Auswirkungen erwartet: Nur 43 Prozent der Befragten gaben eine Bewertung zwischen 3 und 5 ab (und 57 Prozent zwischen 0 und 2).

Die wirtschaftlichen Negativfolgen für Deutschland und die Eurozone dürften sich hingegen in Grenzen halten. Die vermutlich schädlichsten Maßnahmen für die deutsche Wirtschaft ist der politische Druck auf westliche Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen mit russischen Firmen abzubrechen. Unter Verwendung der obigen Skala von 0 (kein Schaden) bis 5 (hoher Schaden)

Sonderfrage 5: Erwartete Schäden der verschiedenen Sanktionen für Russland, Deutschland und die Eurozone



den) gaben 62 Prozent der Teilnehmenden eine Bewertung zwischen 3 und 5 ab (je 32, 20 und 10 Prozent gaben die Bewertung 3, 4 bzw. 5 ab). Die Auswirkungen der drei anderen Maßnahmen auf die deutsche Wirtschaft werden als gering eingeschätzt. Der Anteil der Befragten, die eine Bewertung zwischen 3 und 5 abgaben, lag nur bei 35 Prozent für den Ausschluss russischer Banken aus SWIFT, bei 20 Prozent für die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und bei 11 Prozent für das Einfrieren des Auslandsvermögens russischer Oligarchen. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft des Euroraums werden sehr ähnlich bewertet wie die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Entsprechend diesen Ergebnissen schätzen die Befragten, dass sich die Folgen der Sanktionen für die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen im Euroraum hauptsächlich in Form einer steigenden Inflation bemerkbar machen. 79 Prozent der Teilnehmenden sind der Ansicht, dass die Sanktionen gegen Russland die Inflation im Euroraum erhöhen werden (29 bzw. 51 Prozent schätzen, dass sich diese leicht bzw. stark positiv auswirken werden). Die Folgen für das BIP hingegen werden sicherlich negativ sein, dürften aber eher moderat ausfallen. Von den 93 Prozent der Befragten, die glauben, dass sich die Sanktionen negativ auf das BIP auswirken werden, schätzen 74 Prozent, dass dieser Effekt moderat sein wird, und nur 19 Prozent gehen von einem starken Effekt aus. Die Befragten erwarten nicht, dass die EZB ihre konventionelle Geldpolitik als Reaktion auf die höhere Inflation und die geringere Produktion anpasst: 60 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Sanktionen keine Auswirkungen auf den Hauptrefinanzierungssatz der EZB haben werden, 23 Prozent gehen von positiven Auswirkungen und 17 Prozent von negativen Auswirkungen aus.

Thibault Cézanne

Weitere Ergebnisse des ZEW-Finanzmarkttests März 2022

Abbildung 1: Gesamtwirtschaftlicher Ausblick Deutschland

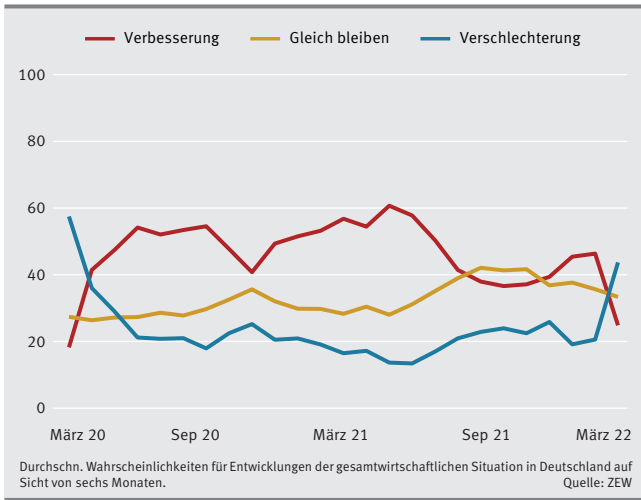


Abbildung 4: Ausblick Branchen

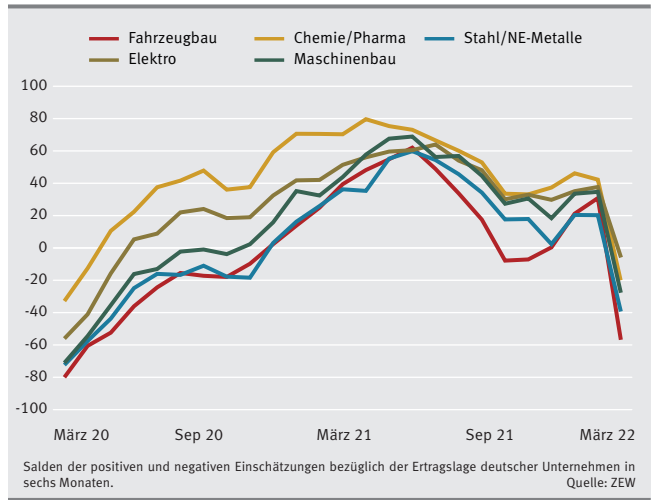


Abbildung 2: BIP-Wachstum Deutschland

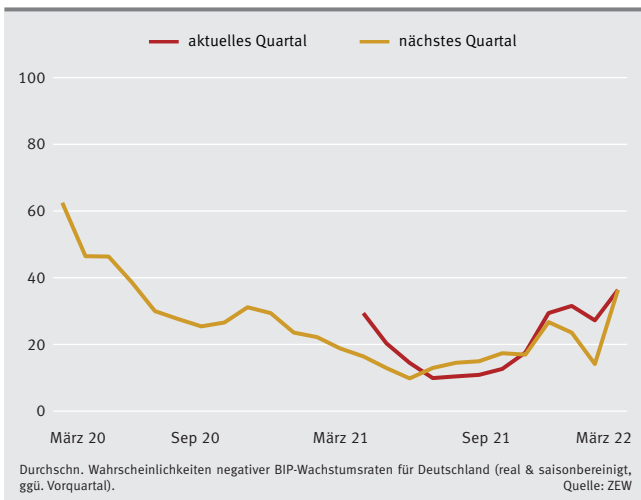


Abbildung 5: Ausblick Branchen

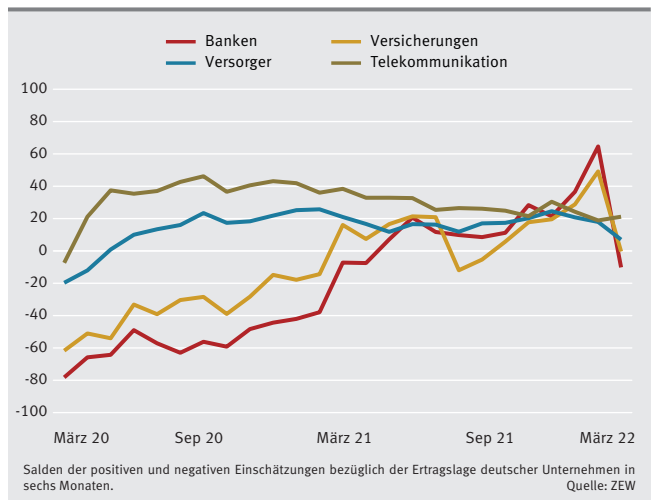


Abbildung 3: Inflationsausblick

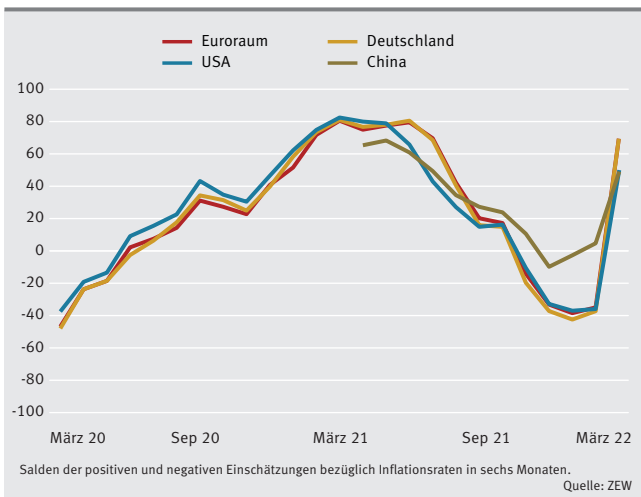


Abbildung 6: Ausblick Branchen

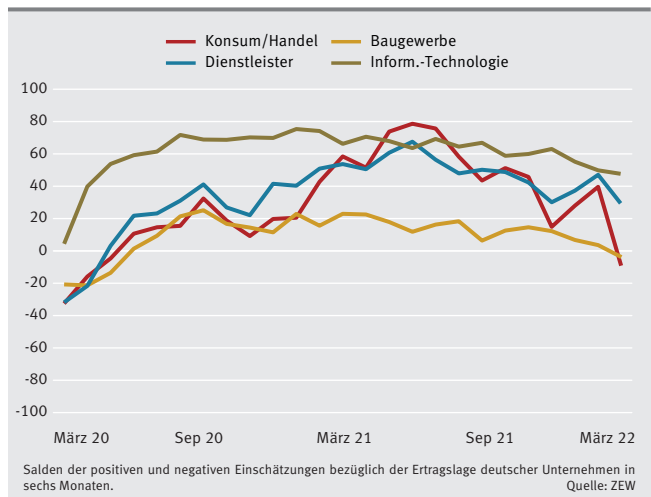


Abbildung 7: Ausblick int. Aktienindizes

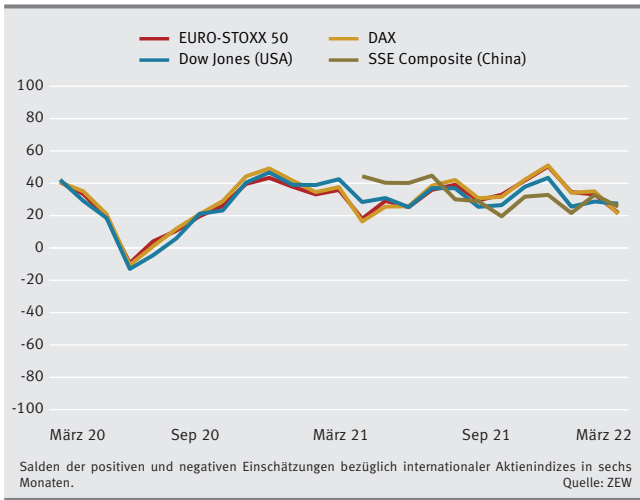


Abbildung 10: Ausblick kurzfristige Zinsen

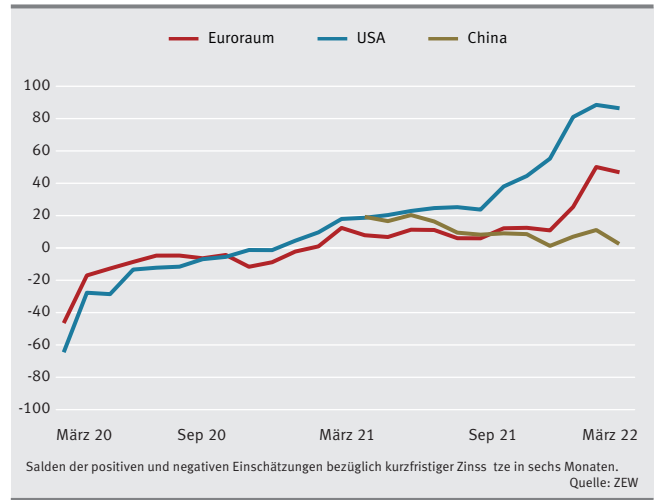


Abbildung 8: DAX-Prognosen

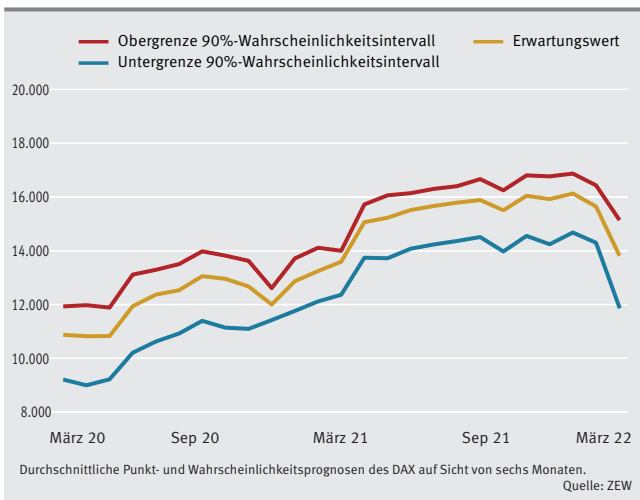


Abbildung 11: Ausblick langfristige Zinsen

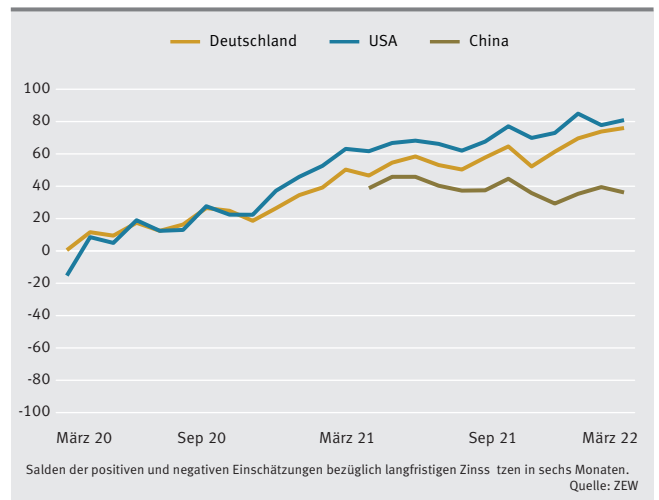


Abbildung 9: DAX-Bewertung

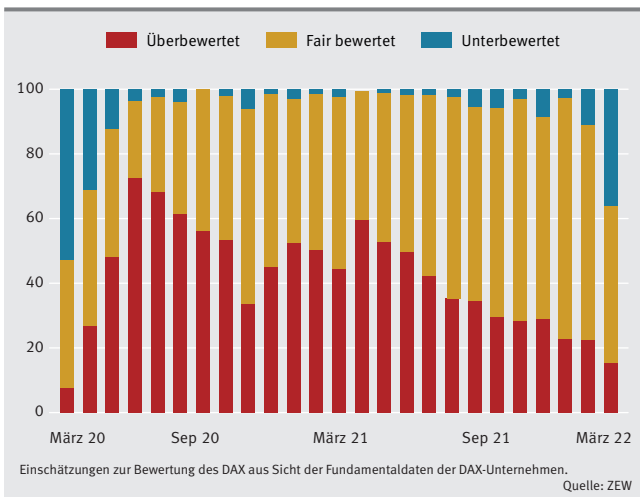
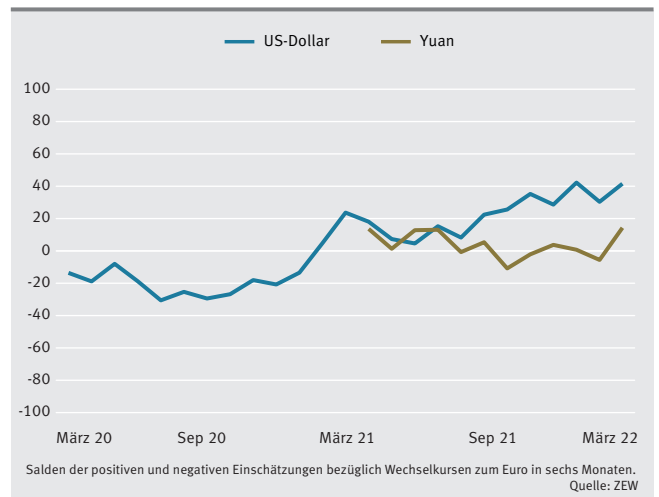


Abbildung 12: Ausblick Wechselkurse



ZEW - Finanzmarkttest März 2022: Belegung der Antwortkategorien

Konjunktur (Situation)	gut		normal		schlecht		Saldo	
Euroraum	7.5	(- 8.1)	63.1	(- 6.3)	29.4	(+14.4)	-21.9	(-22.5)
Deutschland	10.7	(- 5.6)	57.2	(- 2.1)	32.1	(+ 7.7)	-21.4	(-13.3)
USA	39.9	(-10.4)	51.9	(+ 6.3)	8.2	(+ 4.1)	31.7	(-14.5)
China	10.2	(- 0.2)	69.9	(+ 1.1)	19.9	(- 0.9)	-9.7	(+ 0.7)
Konjunktur (Erwartungen)	verbessern		nicht verändern		verschlechtern		Saldo	
Euroraum	20.2	(-38.8)	20.9	(- 9.7)	58.9	(+48.5)	-38.7	(-87.3)
Deutschland	19.6	(-45.4)	21.5	(- 2.8)	58.9	(+48.2)	-39.3	(-93.6)
USA	12.1	(-14.1)	49.7	(-11.0)	38.2	(+25.1)	-26.1	(-39.2)
China	17.3	(-15.0)	54.2	(- 3.0)	28.5	(+18.0)	-11.2	(-33.0)
Inflationsrate	erhöhen		nicht verändern		reduzieren		Saldo	
Euroraum	76.5	(+58.4)	16.5	(-12.2)	7.0	(-46.2)	69.5	(+104.6)
Deutschland	77.2	(+59.7)	15.8	(-11.7)	7.0	(-48.0)	70.2	(+107.7)
USA	66.0	(+50.1)	18.6	(-13.4)	15.4	(-36.7)	50.6	(+86.8)
China	55.7	(+33.4)	38.3	(-21.7)	6.0	(-11.7)	49.7	(+45.1)
Kurzfristige Zinsen	erhöhen		nicht verändern		reduzieren		Saldo	
Euroraum	47.8	(- 3.1)	51.6	(+ 3.1)	0.6	(+/- 0.0)	47.2	(- 3.1)
USA	87.3	(- 2.6)	12.1	(+ 3.2)	0.6	(- 0.6)	86.7	(- 2.0)
China	19.3	(- 3.2)	63.6	(- 2.6)	17.1	(+ 5.8)	2.2	(- 9.0)
Langfristige Zinsen	erhöhen		nicht verändern		reduzieren		Saldo	
Deutschland	78.4	(+ 1.3)	19.7	(- 0.3)	1.9	(- 1.0)	76.5	(+ 2.3)
USA	83.4	(+ 1.8)	14.7	(- 0.1)	1.9	(- 1.7)	81.5	(+ 3.5)
China	42.7	(+ 0.7)	50.8	(- 4.9)	6.5	(+ 4.2)	36.2	(- 3.5)
Aktienkurse	erhöhen		nicht verändern		reduzieren		Saldo	
STOXX 50 (Euroraum)	48.3	(- 3.6)	25.5	(- 3.6)	26.2	(+ 7.2)	22.1	(-10.8)
DAX (Deutschland)	48.3	(- 5.5)	24.8	(- 2.4)	26.9	(+ 7.9)	21.4	(-13.4)
Dow Jones Industrial (USA)	51.3	(+ 3.2)	24.7	(- 7.6)	24.0	(+ 4.4)	27.3	(- 1.2)
SSE Composite (China)	45.0	(- 3.5)	35.8	(+ 0.2)	19.2	(+ 3.3)	25.8	(- 6.8)
Wechselkurse zum Euro	aufwerten		nicht verändern		abwerten		Saldo	
Dollar	61.3	(+15.7)	19.7	(-19.5)	19.0	(+ 3.8)	42.3	(+11.9)
Yuan	35.0	(+19.1)	44.7	(-18.0)	20.3	(- 1.1)	14.7	(+20.2)
Branchen	verbessern		nicht verändern		verschlechtern		Saldo	
Banken	30.0	(-41.5)	29.2	(+ 7.3)	40.8	(+34.2)	-10.8	(-75.7)
Versicherungen	26.2	(-32.5)	46.9	(+14.9)	26.9	(+17.6)	-0.7	(-50.1)
Fahrzeuge	10.0	(-33.6)	21.5	(-22.0)	68.5	(+55.6)	-58.5	(-89.2)
Chemie/Pharma	22.1	(-28.2)	34.4	(- 7.0)	43.5	(+35.2)	-21.4	(-63.4)
Stahl/NE-Metalle	12.3	(-18.8)	34.6	(-23.3)	53.1	(+42.1)	-40.8	(-60.9)
Elektro	21.9	(-21.1)	49.2	(- 2.2)	28.9	(+23.3)	-7.0	(-44.4)
Maschinen	18.3	(-27.3)	34.4	(- 9.0)	47.3	(+36.3)	-29.0	(-63.6)
Konsum/Handel	24.5	(-27.2)	42.7	(+ 6.6)	32.8	(+20.6)	-8.3	(-47.8)
Bau	16.8	(- 4.6)	62.6	(+ 1.9)	20.6	(+ 2.7)	-3.8	(- 7.3)
Versorger	31.3	(+ 4.6)	44.3	(-20.1)	24.4	(+15.5)	6.9	(-10.9)
Dienstleister	39.2	(-11.9)	50.8	(+ 6.0)	10.0	(+ 5.9)	29.2	(-17.8)
Telekommunikation	28.0	(+ 3.1)	65.2	(- 3.6)	6.8	(+ 0.5)	21.2	(+ 2.6)
Inform.-Technologien	52.7	(- 2.5)	42.0	(+ 2.8)	5.3	(- 0.3)	47.4	(- 2.2)

Bemerkung: An der März-Umfrage des Finanzmarkttests vom 7.3.2022 - 14.3.2022 beteiligten sich 162 Analysten. Abgefragt wurden die Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Dargestellt sind die prozentualen Anteile der Antwortkategorien, in Klammern die Veränderungen gegenüber dem Vormonat. Die Salden ergeben sich aus der Differenz der positiven und der negativen Anteile.



ZEW Finanzmarktreport – erscheint monatlich. Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
Frank Brückbauer, Telefon +49 6 21 12 35-148, Telefax -223, frank.brueckbauer@zew.de
Thibault Cézanne, Telefon +49 6 21 12 35-287, Telefax -223, thibault.cezanne@zew.de
Dr. Michael Schröder, Telefon +49 6 21 12 35-368, Telefax -223, michael.schroeder@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim 2022